

Erklärung von Landrat Heinz Eininger zur Strukturdebatte bei den Kliniken im Kreistag am 15.12.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuelle, öffentliche Diskussion in der Presse und den neuen Medien macht es erforderlich, vor Eintritt in die heutige Tagesordnung zu diesem wichtigen kreispolitischen Thema eine Erklärungen abzugeben. Den Fraktionen wird dazu ebenfalls Gelegenheit gegeben.

Mit Blick auf die zur Bürgerfragestunde halte ich es aber für angezeigt, dass die Positionen der Verwaltung und der Kreistagfraktionen dargelegt werden können. Eine Debatte können wir heute nicht führen, da uns hierzu noch die Grundlagen fehlen.

Was ist der Anlass?

Warum führen wir diese Strukturdebatte?

Sie, meine Damen und Herren Kreisträte, wissen alle, dass wir erstmals 2010 in unseren Kliniken einen Verlust in Höhe von fast 6 Millionen Euro auszugleichen hatten. Trotz eines umfangreichen Konsolidierungspakets im Umfang von 2,2 Millionen Euro, das der Aufsichtsrat geschnürt hat, erwarten wir 2011 – wenngleich eine leichte Besserung eintritt – immer noch einen Verlust von 4 bis 5 Millionen Euro. In den Planungen für das kommende Jahr gehen wir von einem Verlust von rund 2 Millionen Euro aus und in der mittelfristigen Betrachtung wird es ungemein schwer sein, bis 2015 wieder die schwarze Null zu erreichen. Aus diesen wenigen Zahlen wird deutlich: konsolidieren im laufenden Betrieb, Erlöse zu steigern und die Ausgaben zu begrenzen reicht allein nicht aus, um unsere Krankenhäuser ohne einen Zuschuss des Kreises zum laufenden Betrieb führen zu können. Deshalb hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung unserer Kliniken gebeten, Vorschläge für strukturelle Änderungen zu machen. Eine Arbeitsgruppe aus der Klinikverwaltung, den Chefärzten und Klinikleitungen aller Standorte, hat Mitte dieses Jahres sechs Szenarien für Veränderungen auf den Tisch gelegt. Der Aufsichtsrat hielt drei davon für geeignet, sie einer gutachterlichen Bewertung zu unterziehen. Nicht irgendein Gutachter ist hier tätig geworden, sondern eine Unternehmensberatung, spezialisiert auf Gesundheitsökonomie, das Unternehmen EconoMedic aus Bayreuth. Das Ergebnis, das wir vorgelegt be-

kamen, war deutlich: Bei einem „Weiter so wie bisher“, müssen wir dauerhaft Jahresverluste in der Größenordnung bis 2,5 Millionen Euro tragen. Demgegenüber böte die Zusammenfassung der beiden psychiatrischen Abteilungen an einem Standort und die Verlagerung der Inneren Medizin mit Rheumatologie an den Standort Kirchheim die Chance, ein positives Ergebnis, zumindest aber die schwarze Null zu erreichen.

Was tun in dieser Situation?

Wir, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung, nehmen unsere Verantwortung ernst und sagen: Die Zusammenlegung der Psychiatrie muss vertieft untersucht werden. Dies muss mit der ursprünglichen Planung abgeglichen werden. Denn sonst wird uns der Vorwurf gemacht, nicht einmal die vollständige Umsetzung der bestehenden Strukturentscheidung abzuwarten. Diese Strukturentscheidung ist 2003 im Grundsatz getroffen worden und wurde in den vergangenen 8 Jahren weiterentwickelt. 8 Jahre sind eine sehr lange Zeit im schnelllebigen und umtriebigen Krankenhaussektor.

Deshalb muss jetzt geprüft werden

- welche Investitionen notwendig sind
- was vom Land nicht nur gefördert, sondern mitgetragen wird
- ob Investitionen auch eingespart werden können und
- welche Nachfolgenutzungen in bestehenden Gebäuden möglich sind.

Bei diesen Überlegungen muss auch dem immer akuter werdenden Fachkräftemangel bei den Ärzten und in der Pflege Beachtung geschenkt werden.

Die Rheumatologie in Plochingen, wenn sie weiterentwickelt werden soll - das ist in der Unternehmensplanung schon bisher so angedacht gewesen -, braucht den Anschluss an Großgeräte und ein Therapiebecken. Beides ist in Plochingen nicht vorhanden. Diese Investitionen können deshalb u. U. vermieden werden, wenn wir die Rheumatologie nach Kirchheim verlagern. Aber auch das muss noch näher untersucht werden.

Hätten wir in dieser Situation im Aufsichtsrat sagen sollen, diese Vorschläge aus den Kliniken heraus und die Zahlen interessieren uns nicht? – **Nein**, das wäre kein verantwortliches Verhalten gewesen. Stattdessen haben wir gesagt: Wir brauchen eine

verlässliche Entscheidungsgrundlage. Und wir haben gesagt: Die Entscheidung hat nach unserer Hauptsatzung der Kreistag zu treffen. Ein solches Vorgehen ist kein Aktionismus, sondern ist umsichtig und zielorientiert.

Warum sind wir an die Öffentlichkeit gegangen?

Man kann natürlich sagen, die gehen zur Unzeit hinaus an die Öffentlichkeit. Ich bin aber überzeugt, die gleichen Personen, die dies jetzt behaupten, hätten uns bei einem anderen Vorgehen vorgeworfen, Mitarbeiterschaft und Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen gestellt zu haben.

Und bedenken Sie noch eines: Die Szenarien für eine Strukturveränderung sind unter Mitwirkung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von Chefärzten, Klinikleitungen und Verwaltung erarbeitet worden – wie man so schön sagt: partizipativ, von unten nach oben. So eine Untersuchung läuft nicht im Geheimen und dementsprechend fragen auch die Mitarbeiter. Wenn sie mündige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen, die in der Sache mitdenken – und wir haben sie -, dann dürfen diese zurecht Transparenz und Offenheit, vor allem aber Nachvollziehbarkeit erwarten. Dies sind wir als verlässlicher Arbeitgeber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schuldig. Das darf auch die Stadt Plochingen erwarten, das darf die Einwohnerschaft erwarten und das dürfen alle Kommunen erwarten, die ggf. die Verluste der Kliniken über die Kreisumlage zu tragen haben.

Wir haben deshalb im Aufsichtsrat intensiv darüber diskutiert, wie der richtige Weg in der Öffentlichkeitsarbeit ist. Und wir haben uns nach sorgfältiger Abwägung dafür entschieden, gerade im Interesse der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit unsere Überlegungen öffentlich zu machen. Wir sind uns auch im Klaren, dass man damit Kritik aushalten muss und dass man nicht schon jetzt auf alle Fragen Antworten hat. Wären wir nicht an die Öffentlichkeit gegangen und hätten abgewartet bis alle Fakten geklärt sind, wäre uns mit Sicherheit vorgeworfen worden: Der Aufsichtsrat kungelt hinter verschlossenen Türen und stellt die Mitarbeiter, den Kreistag und die gesamte Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen.

Wir wollen die Diskussion führen, zuvor aber wird geprüft, müssen Zahlen, Daten und Fakten auf dem Tisch liegen; Arbeitsaufträge zur weiteren Konkretisierung sind

erteilt. Das wird ebenso zügig wie gründlich erfolgen, nichts geschieht voreilig oder gar übereilt.

Und dann werde ich immer wieder gefragt:

Kann man denn alles der Wirtschaftlichkeit unterordnen?

Warum das Plochinger Haus, das arbeitet doch wirtschaftlich?

Ich nehme die Antwort vorweg: Natürlich kann man nicht alles der Wirtschaftlichkeit unterordnen. Wir sehen die demografische Entwicklung, eine immer älter werdende Gesellschaft, die eine gute Versorgung in der Nähe braucht.

Auf der anderen Seite wird vor allem auch im Kreistag immer wieder die Frage nach der Wirtschaftlichkeit gestellt: Keine Steuermittel, und demzufolge keine Kreisumlage, sollen für die Kliniken eingesetzt werden. So lauten die Forderungen. Deshalb haben wir in einem Grundsatzbeschluss 2007 gesagt: Wir wollen Wohnortnähe in unseren vier Krankenhausstandorten erhalten, wenn dies wirtschaftlich möglich ist.

Derzeit haben wir zwei große sozialpolitisch beherrschende Themen:

- die **Bildung und Betreuung für unsere Kinder.**

Das ist das eine Thema. Dafür unternehmen die Kommunen alle Anstrengungen, um diesem Anspruch im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. Zwar wird die unzureichende staatliche Finanzierung in den Gemeinderäten beklagt, aber man nimmt das Zuschießen von 90 % der Kosten in Kauf, weil es einem wichtig ist. Und das zweite große sozialpolitische Thema ist:

- die **Krankenhausversorgung älterer Menschen in der Fläche**

Hier erwarten wir, dass sich das Krankenhausangebot selbst trägt und keine Kreismittel zugeschossen werden sollen.

Gleichzeit sehen wir, dass bei unseren Klinikinvestitionen nur noch ca. 50 % der Investitionssumme vom Land gefördert wird. Den Rest trägt der kommunale Träger. Und wir sehen, dass die Krankenhausbudgets chronisch unterfinanziert sind, was nichts anderes heißt, als dass aus den mit den Kassen vereinbarten Erlösen die Personal- und Sachkosten nicht mehr geleistet werden können. Diese Rechnung geht

nicht auf, wenn gleichzeitig die Krankenkassen auf milliardenschweren Geldsäcken sitzen.

Natürlich kann man jetzt sagen: Das fängt alles der Kreis auf, jedes Jahr 5 Millionen Euro für Zins und Tilgung der Investitionen und ein durchschnittlicher Abmangel von 2,5 Millionen Euro pro Jahr. Dies wären gerade mal 1,5 Kreisumlagepunkte. Nur zum Vergleich: 6 Kreisumlagepunkte oder 27 Millionen Euro wenden wir für den öffentlichen Nahverkehr auf und 190 Millionen Euro für die soziale Sicherung, das ist mehr, wie wir an Kreisumlage einnehmen.

Nein, meine Damen und Herren, das wäre die Kapitulation vor der Situation. Deshalb ist es unsere Pflicht als Aufsichtsräte und Kreisräte die Wirtschaftlichkeit unserer Häuser im Auge zu behalten. Der Sozialstaat, und hierzu gehört auch die Krankenhausversorgung, kann sich den Fragen der Wirtschaftlichkeit im Interesse einer dauerhaften Leistungsfähigkeit nicht entziehen. Deshalb nehmen wir die Herausforderungen zur Änderung der Krankenhausstruktur an.

Und warum das Krankenhaus Plochingen, das angeblich so wirtschaftlich ist?

Unsere Häuser, meine Damen und Herren, sind in den letzten Jahren zusammengewachsen. Sie erbringen ihre Leistungen arbeitsteilig im Verbund: eine gute Grund- und Regelversorgung, was unser Sicherstellungsauftrag ist; und dann auch die eine oder andere Spezialdisziplin, die wir brauchen, um attraktiv zu sein und vielleicht auch einen Deckungsbeitrag zu erwirtschaften. Man kann nicht mehr die Häuser auseinanderrechnen. Sie erbringen in ihrer Gesamtheit eine herausragend gute Leistung für die Einwohnerschaft im Landkreis Esslingen. Ich werde deshalb nicht zulassen, die Häuser auseinanderzuidividieren, sie gegeneinander auszuspielen.

Es ist auch sachlich falsch, nunmehr die vorübergehende Schließung der Chirurgie in Plochingen in Zusammenhang zu bringen mit der Strukturfrage. Wer eine Chirurgie mit der von uns gewünschten Qualität anbietet, muss sicherstellen, dass sieben Tage in der Woche, 24 Stunden am Tag erfahrene Chirurgen bereit stehen für die Patienten. Dies war zum Zeitpunkt der Schließung der Chirurgie nicht mehr gewährleistet. Wir hätten verantwortungslos gehandelt, wenn wir die Chirurgie weiter betrieben hätten. Wenn auch nur ein Patient zu Schaden gekommen wäre, wäre der Schaden unermesslich gewesen.

Ich fasse zusammen: Lassen Sie uns deswegen die anstehenden Fragen prüfen, zügig und gründlich und dann entsprechend der erarbeiteten sachlichen Grundlage entscheiden. Ständige „Wasserstandsmeldungen“ helfen nicht weiter. Die Strukturdebatte ist auch kein Tummelplatz für Profilierungsversuche. Sie verunsichern vor allem die Öffentlichkeit und die Mitarbeiter, und sie schaffen damit Zweifel, die dazu führen, dass die Patienten fern bleiben. Das aber ist das, was wir nicht wollen, weil wir sonst wirtschaftliche Fakten schaffen, die uns dann gar keine Alternative mehr lassen. Deshalb nochmals die herzliche Bitte zur Sachlichkeit. Beides, die Sachlichkeit und die Transparenz, ist uns wichtig. Daher werden wir, sobald alle Zahlen, Daten und Fakten auf dem Tisch liegen in einer Bürgerversammlung informieren.

Ich hoffe und vertraue darauf, dass mit dem eingeschlagenen Weg uns so eine saubere, eine gute und tragfähige Entscheidung gelingt.